

DAS SCHWARZE GOLD

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK UND DIE FOLGEN IM AUSLAND

ZIELE

Die SuS kennen die Probleme der Ölförderung für Umwelt und Menschen. Sie wenden ihre Kenntnisse in einer Podiumsdiskussion an und entwickeln begründete Sachurteile über den Gegenstand.

LEHRPLANANBINDUNG

OS, Klassenstufe 7, Geographie, Lernbereich 2: „Beispiele der Raumnutzung Afrikas“

OS, Klassenstufe 10, Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung, Lernbereich 2:
„Auseinandersetzung mit internationaler Politik“

GY, Klassenstufe 7, Lernbereich 4: „Afrika südlich der Sahara“

GY, Jahrgangsstufe 11, Geographie, Leistungskurs, Lernbereich 5: „Globale Disparitäten und Verflechtungen“

ZEITBEDARF

35 min

MATERIAL UND PRAKTISCHE VORBEREITUNG

- „Rollenkarten“ - Anlage 1
- „Chronologie des Konfliktes in Nigeria“ - Anlage 2

Rollenkarten in ausreichender Anzahl ausdrucken/ kopieren. Die Hintergrundinfos zum Konflikt können Sie im Anschluss an die Diskussion austeilen oder aber nur vorstellen. Für die AG-Arbeit kleine Stuhlkreise vorbereiten, in der Plenumsphase Tische für die Diskutierenden.

INHALTLICHE VORBEREITUNG

Es gibt kaum gleichberechtigte Diskussionsprozesse. Gerade in politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen haben die angenommene oder tatsächliche Macht bzw. die zur Verfügung stehenden ‚Druckmittel‘ der Akteure eine enorme Auswirkung auf das

Ergebnis der Verhandlungen. Die Folgen, die eine asymmetrische Interessendurchsetzung haben kann, zeigt das besprochene Beispiel. Hier zeigt sich, wie und in welchem Umfang in den Medien berichtet wird, davon abhängt, wessen Interessen verletzt wurden.

DURCHFÜHRUNG

Die SuS werden in 6 Gruppen geteilt. Jede Gruppe darf eine Rollenkarte ziehen.

Die Gruppen erhalten 10 min Zeit sich die Rollenkarte durchzulesen, Argumente für ihre Position zu sammeln und diese aufzuschreiben.

Aus jeder Gruppe soll nach der Erarbeitungszeit eine Person an den Plenumstisch. Sie leiten die Diskussion ein: „Die Weltöffentlichkeit ist durch Zeitungsberichte auf die Probleme der Ölförderung im Dzuni-Tal aufmerksam geworden. Die Vereinten Nationen haben nun alle Beteiligten zu einer offenen Diskussionsrunde eingeladen, um die Interessen auszutauschen. Hier sitzen wir nun am runden Tisch und ich bitte alle Personen, kurz ihre Standpunkte zu erläutern!“ Eine delegierte Person kann von einer anderen Person der eigenen Gruppe jederzeit ausgetauscht werden (z. B. wenn die Gruppe noch neue Argumente ins Plenum bringen möchte).

Die Debatte im Plenum wird von Ihnen moderiert und dauert max. 10 min. Sie können regulierend eingreifen, z.B. durch genaueres Nachfragen, wenn die Argumente oberflächlich sind oder einer anderen Partei das Wort erteilen, wenn diese bisher noch nicht Gelegenheit hatte, ihren Standpunkt darzulegen usw.

Hinweis: Es kann für die emotionale und die inhaltliche Auswertung im nächsten Schritt unterstützend sein, den SuS, die sich außerhalb des Plenums befinden, den Auftrag zu geben, ihre Beobachtungen bezüglich der Machtverteilung, der Redehäufigkeit, Art der Argumente etc. zu notieren.

Auswertung und Realitätstransfer

Nach Ablauf der 10 min wird das Plenum beendet und es gibt eine kurze emotionale Auswertung. Fragen an die Personen in der Diskussionsrunde:

- Wie hast du dich im Plenum/in der Diskussion gefühlt?
- Hattest du das Gefühl, dass deine Argumente gehört wurden?
- Hatten die anderen Parteien ein Interesse an deiner Position?
- Frage an die beobachtenden Personen:
- Hattet ihr das Gefühl, dass alle gleich wichtig/mächtig waren?

Abschließend wird den SuS erklärt, dass es sich um einen realen Konflikt handelt und die Ogoni die Betroffenen in diesem Konflikt sind. Die Lehrkraft erklärt kurz die Verbindungen der Diskussion zu dem realen Konflikt in Nigeria (siehe Anlage 2), damit die SuS die Situation zeitlich und räumlich einordnen können.

KOMPETENZERWERB

ERKENNEN

SuS kennen die Auswirkungen eines konkreten wirtschaftspolitischen Ereignisses auf Regierung und Bürger*innen eines außereuropäischen Staates.

BEWERTEN

SuS evaluieren, dass die asymmetrische Machtverteilung zwischen den Betroffenen in Nigeria auf der einen und der EU und Shell auf der anderen Seite, die Interessendurchsetzung von Shell und der EU begünstigt.

WEITERBEARBEITUNG

Anhand des Konflikts kann über die Verbindung zwischen Politik und wirtschaftlichen Interessen von Firmen gesprochen werden. Auch kann der Kampf um Öl weltweit kontextualisiert werden.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN FÜR LEHRKRÄFTE

Die Deutsche Welle hat eine Sonderseite zu Afrikas Rohstoffen und insbesondere Nigerias Öl eingerichtet. [aufgerufen am 19.02.2021]:

<https://www.dw.com/de/ein-paar-liter-von-nigerias-%C3%B6l-reichtum/a-16251170-0>

QUELLE

Dieses Unterrichtsbeispiel wurde von der DGB Jugend und dem Netzwerk Demokratie und Courage entwickelt und kann in der Methodensammlung „Demokratie macht Schule“ unter: <http://nord-jugend.dgb.de/schule/demokratie-macht-schule> gefunden werden [aufgerufen am 19.02.2021]. Es wurde hier überarbeitet von Francesca Barp.

Dieses Unterrichtsbeispiel kann kopiert und frei verwendet oder weitergegeben werden.

ANLAGE 1: ROLLENKARTEN

Regierung eines europäischen Landes

Die europäische Wirtschaft, und natürlich auch die eures Landes, ist stark auf Erdöl angewiesen, denn neben der Verwendung als Kraftstoff werden sehr viele Produkte aus Chemikalien hergestellt, die aus Erdöl gewonnen werden. Selbst in Lebensmitteln, Waschmitteln und Kosmetika sind Erdölbestandteile enthalten.

Ihr habt besonderes Interesse an Erdöl aus dem Dzuni-Tal, da dieses sehr hochwertig ist und einen geringen Schwefelanteil hat. Das ist besonders für die Herstellung von Kraftstoffen und Heizöl von Vorteil. Außerdem habt ihr ein besonderes Interesse daran, Zugang zu verschiedenen Ölquellen bzw. Lieferant/-innen zu haben, da dies die Abhängigkeit von einzelnen Ländern reduziert. So könnt ihr auch in Krisenzeiten sicher sein, dass genügend Öl vorhanden ist. Und schließlich ist es ein Konzern aus eurem Land, der das meiste Erdöl im Dzuni- Tal abbaut. Das bringt natürlich auch eurem Land Steuergelder, Arbeitsplätze und Prestige.

Euer Hauptinteresse ist, dass das Öl weiter fließt. Gelegentliche Menschenrechtsverletzungen der Regierung Dzuningos oder des Konzerns müssen hinter euren wirtschaftlichen Interessen zurückstehen. Schließlich seid ihr euren Wähler/-innen gegenüber verantwortlich und nicht denen Dzuningos. Und die meisten Eurer Wähler/-innen wollen Wohlstand.

Menschenrechts- und Umweltbewegung

In vielerlei Hinsicht kritisiert ihr das Vorgehen europäischer Konzerne und die politischen Entscheidungen der verantwortlichen Regierungen. Verschiedene Firmen bauen in der Region Öl ab und ignorieren dabei jede Form von ökologischen Standards. Damit sie den größtmöglichen Gewinn erwirtschaften, arbeiten sie mit veralteter Technik. So gelangen umweltschädliche Rückstände in die Natur und zerstören den Lebensraum von vielen verschiedenen Tier- und Pflanzenarten. In den verseuchten Gebieten ist auch kein Fischfang oder Landwirtschaft mehr möglich, was dazu führt, dass sich die Menschen der Region nicht mehr selbst ernähren können. Probleme von Armut und Hunger nehmen zu.

Die vor Ort lebende Bevölkerung wird stark unter Druck gesetzt und kann ihre Meinung über die Ereignisse nicht äußern. Die Regierung von Dzuningo arbeitet eng mit den Ölkonzernen zusammen. Viele Politiker/-innen profitieren persönlich davon, denn sie kassieren Gelder. Diese kommen natürlich nicht den Menschen Dzuningos zugute. Menschen, die dieses Vorgehen kritisieren, werden mit Hilfe von privaten Sicherheitskräften oder dem Militär zum Schweigen gebracht, einige verschwinden, andere werden umgebracht.

Diese Verbrechen schrecken jedoch weder die europäischen Regierungen noch die Konzerne von der weiteren Zusammenarbeit ab. Es gibt Grund zur Annahme, dass sie dies stillschweigend akzeptieren, um weiter von der Ausbeutung der Region profitieren zu können.

Das alles muss aufhören. Bei der Ölförderung muss auf die Umwelt geachtet werden und die Gewinne müssen den Menschen des Landes zugutekommen. Die Menschenrechtsverletzungen müssen ein Ende haben.

Ölkonzern

Die Bedingungen in Dzuningo sind zur Ölförderung optimal. Euer Konzern hatte sich schon während der Militärdiktatur beste Kontakte im Land aufgebaut. Auch zur jetzigen Regierung sind die Kontakte gut, wo das nicht so ist, helfen euch zur Not auch Bestechungsgelder. Es gibt kaum Umweltgesetze und den Schutz eurer Anlagen übernimmt die Polizei bzw. das Militär Dzuningos.

Und diesen Schutz habt ihr auch bitter nötig. In der Hauptförderregion, dem Dzuni-Tal, gibt es eine Reihe unzufriedener Menschen, die euch vorwerfen, die Umwelt zu verschmutzen. Ihr haltet euch an die bestehenden Gesetze und wenn die nicht gut genug sind, ist das die Sache der Regierung Dzuningos und nicht eure. Auch die Motive der Rebellen, die immer wieder eure Anlagen angreifen, sind nicht eure Sache. Nur die Regierung Dzuningos kann schließlich über die Verteilung der Ölgelder im Land bestimmen.

Was allerdings eure Sache ist, ist die weitere Förderung von Öl. Die Aktionäre eures Konzerns fordern Gewinne, und die könnt ihr mit dzuningischem Öl machen. Um euer Kapital zu schützen, stattet ihr die Polizei auch schon mal mit Waffen aus. Ihr wurdet schon häufiger von europäischen Menschenrechts- und Umweltorganisationen kritisiert, weswegen ihr inzwischen daran interessiert seid, die Vorteile eurer Ölförderung zu betonen. Ihr schafft schließlich in der Region und in eurem Heimatland Arbeitsplätze. Außerdem braucht Europa das Öl. Dass es zu Konflikten über die Verteilung der Gewinne bzw. die Umwelt in Dzuningo kommt, ist das Problem der Regierung, und nicht eures.

Dzuningische Regierung

Ihr seid gegenüber der Ölförderung im Dzuni-Tal grundsätzlich positiv eingestellt. Die Ölförderung ausländischer Konzerne ist die Haupteinnahmequelle eures Landes, fast 80 % der Staatseinnahmen stammen daher. Allerdings sind die Kosten für die Befriedung der Region auch sehr hoch. Immer wieder müsst ihr gegen Rebellen kämpfen, die fordern, dass die Gewinne aus dem Ölgeschäft hauptsächlich in die Förderregion fließen. Sie blockieren die Ölförderung oder kidnappen Mitarbeiter/-innen der Ölgesellschaften, was dazu führt, dass weniger Öl gefördert werden kann und sich vielleicht auch die Ölfirmen irgendwann einmal aus eurem Land zurückziehen. Immer wieder müsst ihr deswegen Militär und Polizei in der Region verstärken, um die reibungslose Ölförderung zu garantieren.

Diese unnötigen Ausgaben sind ärgerlich, weil ein Großteil der Ölgewinne eigentlich zur Kreditrückzahlung benötigt wird. Diese Kredite habt ihr aufgenommen, um eure Wirtschaft anzukurbeln und so alle Regionen ausreichend zu versorgen. Durch die Unruhen ist aber der reibungslose Ablauf gestört und eure Gewinne werden reduziert; das bedeutet höhere Schulden und längere Abhängigkeit. Außerdem ärgert euch, dass Menschenrechtsorganisationen und Umweltbewegungen euer Vorgehen kritisieren. Indirekt unterstützen sie damit die Rebellen und stacheln immer mehr Menschen an, sich gegen eure Entscheidungen zu wehren. So werdet ihr nie ein wirtschaftlich starkes und fortschrittliches Land.

Solange die europäischen Regierungen weiter mit euch zusammenarbeiten, werdet ihr euer Verhalten nicht ändern. Zugeständnisse könnt ihr euch nicht wirklich leisten, weswegen ihr auch in Zukunft mit harter Hand durchgreifen werdet.

Indigene aus dem Dzuni-Tal

Ihr seid verzweifelt! Seit Jahren ignoriert die Regierung eure Interessen. Als Ureinwohner/-innen Dzuningos lebt ihr am längsten in der Region und kennt die natürlichen Abläufe bestens. Doch in der letzten Zeit ist nichts mehr wie gewohnt. Immer mehr Firmen und Konzerne siedeln sich in der Gegend an, bauen befestigte Straßen durch den Wald, ziehen Zäune und sperren eure angestammten Jagdgründe ab. Ihr könnt keine Früchte mehr im Wald sammeln, die Flüsse und Bäche im Tal sind trübe geworden und nur noch wenige Fische überleben in dem Wasser. Mit eurer ursprünglichen Lebensweise können sich die indigenen Menschen nicht mehr ernähren. Ihr seid auf Hilfsgüter und andere Versorgung von außen angewiesen. Es gibt keine Arbeit, mit der ihr Geld verdienen könntet, bis auf die paar Jobs bei den Ölkonzernen. Allerdings sind die schlecht bezahlt und ihr müsstet euch an der Ausbeutung eures Landes beteiligen. Durch die massive Umweltverschmutzung breiten sich vermehrt Krankheiten aus.

Es gibt für euch kaum eine Möglichkeit, euren Unmut zu äußern. Einige eurer Sprecher/-innen sind verschwunden, entführt oder misshandelt worden. Von den vielen Geldern, die durch die Ölförderung gewonnen werden, kommt nichts bei euch an. Ihr vermeidet es, auf Leute aus den Konzernen zu treffen. Nicht selten gibt es Sicherheitspatrouillen, die gewalttätig gegen euch vorgehen. Die einzigen, die Interesse an eurer Situation zeigen, sind Rebellen und Menschenrechts- und Umweltorganisationen. Sie fordern den Schutz eurer Lebenswelt und eine Beteiligung an den Gewinnen.

Europäische Verbraucher/-innen

In der letzten Zeit seid ihr durch verschiedene Kampagnen von Menschenrechts- und Umweltorganisationen auf die schlimmen Zustände in Dzuningo aufmerksam gemacht worden. Europäische Konzerne, unter anderem auch aus eurem Land, verschmutzen dort bei der Ölförderung die Umwelt und sollen sogar an der Ermordung von Kritiker/-innen beteiligt gewesen sein. Das alles findet ihr sehr schlimm. Andererseits haben verschiedene Sprecher/-innen eurer Regierung in den letzten Monaten Stellung zu den Vorwürfen bezogen. Es wurde gesagt, dass die Situation seit dem Ende der Militärdiktatur schon viel besser geworden sei, und sich die Regierung Dzuningos bemühe, die Gewinne aus dem Ölverkauf besser zu verteilen und alle Menschen davon profitieren zu lassen. Allerdings werden sie immer wieder gezwungen gegen Rebellen vorzugehen, die die Ölanlagen sabotieren.

Auch die Konzerne haben inzwischen mehrfach geäußert, dass die Nachrichten über Umweltverschmutzungen weit übertrieben sind, sie diese aber trotzdem noch weiter reduzieren wollen.

Ihr wisst nicht, was von alledem stimmt; allerdings wollt ihr auch auf keinen Fall etwas von eurem Lebensstandard aufgeben. Ein Stopp der Förderung in Dzuningo würde den Ölpreis in die Höhe treiben und viele Produkte, die ihr täglich nutzt, wie Benzin, Heizöl, Strom u. v. m. viel teurer machen. Das wollt ihr genauso wenig wie die Menschenrechtsverletzungen. Langsam müsst ihr euch allerdings entscheiden, wie ihr euch in Zukunft verhalten wollt.

ANLAGE 2: CHRONOLOGIE DES KONFLIKTES IN NIGERIA

- Ab 1861 Kolonie von Großbritannien.
- Entlassung in die Unabhängigkeit 1960
- Wie auch bei anderen Staaten wurde bei der Entlassung in die Unabhängigkeit und der Festlegung der Grenzen keine Rücksicht auf historische Grenzen genommen. In dem neuen Staat leb(t)en 250 ethnische Gruppen zusammen. 50 % der Bevölkerung sind Muslime, 40 % Christ/-innen und 10 % Anhänger/-innen indigener Religionen.
- 1966 übernahm das Militär die Macht und errichtete eine Diktatur.
- 1967 erklärte die Region Biafra ihre Unabhängigkeit, worauf ein drei Jahre langer Bürgerkrieg folgte, in dem 2 Millionen Menschen starben und fast die gesamte Wirtschaft der ölreichen Region Biafra zerstört wurde. Hintergrund des Krieges war unter anderem das Erdöl im Nigerdelta.
- In den 70er Jahren kam es zu einem Ölboom und Nigeria wurde der größte Erdöllieferant Afrikas. Das meiste Öl wurde im Nigerdelta gefördert.
- Durch die Erdölförderung wurde fast das gesamte Nigerdelta, der Lebensraum der dort lebenden Ogoni, verseucht. Damit war die traditionelle Lebensweise nicht mehr möglich. Die Hauptprobleme sind:
 - Verseuchung des Bodens durch austretendes Öl
 - Luftverschmutzung durch das Abfackeln des „überflüssigen“ Erdgases, was vermehrt Erkrankungen der Atemwege auslöst
 - Vernichtung von Ackerland durch die Versiegelung von Böden durch Infrastruktur für die Ölindustrie
 - Verschmutzung der Gewässer und des Nigerdeltas durch Ölaustritte, was Fischsterben zur Folge hat

- Hauptprofiteur des Ölgeschäfts ist Shell mit über 50 % Anteil an der Ölförderung
- Anfang der 90er Jahre begannen die Ogoni Wiedergutmachung vom Shell-Konzern und eine gerechte Beteiligung ihrer Region an den Gewinnen zu fordern.
- Hauptakteur der Ogoni-Bewegung war der Schriftsteller und Träger des alternativen Nobelpreises Ken Saro-Wiwa
- Ab 1993 kam es immer wieder zu Massenprotesten gegen die Zentralregierung und Shell. Dabei schlug das Regime mit aller Härte zu. Immer wieder wurden Kritiker/-innen bei Demonstrationen oder anderswo durch das Militär getötet.
- Im November 1995 wurden 9 Aktivist/-innen des friedlichen Widerstandes gegen den Shell-Konzern trotz massiver internationaler Proteste hingerichtet, unter ihnen auch Ken Saro-Wiwa. Es wird vermutet, dass Shell dies sogar unterstützt hat.
- Ebenso starben 2000 Menschen beim Einsatz des Militärs gegen die Ogoni, welcher auch teilweise von Shell finanziert wurde.
- Shell ist immer wieder durch Waffenlieferungen an Milizen und Menschenrechtsverletzungen auf eigenen Werksgeländen aufgefallen und hat die Militärdiktatur gegen die Ogoni und andere Gruppen unterstützt, um sich die eigenen Profite zu sichern.
- 1999 kommt es zum Ende der Militärdiktatur. Die Verteilung der Ölgelder ist immer noch nicht geregelt. Immer wieder kam es in den letzten Jahren zu bewaffneten Auseinandersetzungen und massiven Menschenrechtsverletzungen in der Region. Immer wieder ist auch Shell daran beteiligt. Auch die massive Umweltverschmutzung findet weiter statt und obwohl Shell schon vor Jahren Besserung gelobt hat, ist in dieser Richtung noch kaum etwas geschehen. Inzwischen soll der Konzern Öl im Wert von über 30 Milliarden US-Dollar in der Region des Nigerdeltas gewonnen haben.

